



Welt am Sonntag, 04.09.2022, Nr. 36, S. 2 / Ressort: Politik

Rubrik: POLITIK

Die 1000-Megawatt-Enttäuschung

Die extremen Strom- und Gaspreise durch den Ukraine-Krieg müssten den erneuerbaren Energien einen kräftigen Schub geben. Zu spüren ist davon bislang nichts. Die Regierung hält zwar an dem Ziel fest, den Kohleausstieg auf 2030 vorzuziehen. Doch Berechnungen zeigen, wie aussichtslos das ist

Daniel Wetzel

Der August ging langsam zu Ende, da schwante es Robert Habeck (Grüne), dass er seiner Partei womöglich zu viel zugemutet haben könnte. Der Bundeswirtschaftsminister hatte Fracking-Gas eingekauft, die Ölscheichs der Emirate umgarnt, Kohlekraftwerke aus der Versenkung geholt und einen Prüfbericht zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Auftrag gegeben. Die Liste seiner grünen Tabubrüche schien kein Ende zu finden. Jetzt erinnerte sich Habeck daran, dass der offizielle Name seines Ministeriums auch ein Wort enthält, das ungeachtet der akuten Energiekrise einen großen Teil seiner Kernwählerschaft weiter umtreibt: "Klimaschutz".

Das Thema sei keineswegs vergessen, versprach Habeck in einer Videobotschaft aus dem Ministerium. Man sei mit der Energiewende zwar immer noch "im Minus, in der Defensive, im Rückstand". Doch die Zahlen zum Ausbau der erneuerbaren Energien im ersten Halbjahr seien "positiv", verbreitete Habeck Optimismus: "Wir kämpfen uns langsam aus dem Tal."

Der unbeirrbare Energiewende-Optimismus Habecks hat Auswirkungen auf das Management der aktuellen Strom- und Gaskrise. Die energiewirtschaftliche Zäsur, die der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine darstellt, wird im Bundeswirtschaftsministerium als temporäre Störung begriffen. In diese Kategorie fällt auch die Ankündigung des russischen Staatskonzerns Gazprom von Freitagabend, dass wegen weiterer, angeblich unvermeidbarer Wartungsarbeiten auf unbestimmte Zeit kein Gas durch die Pipeline Nord Stream 1 fließen wird. Am Ende will man im Wirtschaftsministerium den Faden des ökologischen Umbaus wieder aufnehmen, als sei nichts gewesen.

So sind alle Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Energiekrise auf kurzfristige Wirkung bedacht und streng befristet: Die Erlaubnis zur Kohleverbrennung in Kraftwerken etwa läuft im April kommenden Jahres schon wieder aus. Atomkraftwerke sollen, wenn überhaupt, am liebsten nur "im Streckbetrieb" ein Vierteljahr länger laufen. Der eigentlich bis 2038 geplante Kohleausstieg soll immer noch "idealerweise" auf 2030 vorgezogen werden: Diese Aussage im Koalitionsvertrag ist weiterhin Richtschnur des Regierungshandelns.

Doch ist das eine Aussage, die den Koalitionsvertrag inzwischen der Gattung der fantastischen Literatur zurechenbar macht. Das ergeben aktuelle Analysen der Unternehmensberatung McKinsey zum Fortgang der Energiewende, in die WELT AM SONNTAG vor Veröffentlichung Einblick nehmen konnte. Demnach bleibt selbst im unwahrscheinlichen Fall einer planmäßig verlaufenden Energiewende Kohle auch 2030 noch "ein wichtiger Energieträger" für Deutschland, heißt es im Fazit des McKinsey-Energieexperten Thomas Vahlenkamp und seines Teams. Unter der nicht unrealistischen Annahme eines langfristig hohen Gaspreises von 105 Euro pro Megawattstunde werde man 2030 nicht ohne Kohlekraftwerke auskommen, selbst wenn die Bundesregierung es schaffen sollte, den Ökostromanteil auf 80 Prozent zu erhöhen. Die Kohlekraft müsste den Berechnungen zufolge im Jahr 2030 mit 63 Terawattstunden sogar fast so viel Strom liefern wie die Gaskraftwerke, die dann noch immer fast zehn Prozent des deutschen Bedarfs decken müssen.

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine haben sich die Rahmenbedingungen für die Energiewende dramatisch verändert", schließen die McKinsey-Autoren. "Neben den Klimazielen muss nun auch den neuen geopolitischen Realitäten Rechnung getragen werden." Bisher war Erdgas ein Eckpfeiler der deutschen Energieversorgung, und Gaskraftwerke sollten eigentlich "noch lange helfen, die Schwankungen der erneuerbaren Energien auszugleichen", heißt es in der Studie. Das bringe die Frage auf die Agenda, ob und in welchem Maße Deutschland von Energieimporten unabhängiger und zugleich klimaneutral werden könne.

Die Antwort, die die McKinsey-Autoren geben, fällt nicht sehr optimistisch aus. Denn tatsächlich dürfte die Abhängigkeit von Kohle und Gas 2030 noch viel größer sein, als das Ideal-Szenario der Bundesregierung bislang erwarten lässt. Die McKinsey-Autoren wagen zwar kein explizites Urteil über die Erreichbarkeit des Regierungsziels von 80 Prozent Ökostrom. Doch indem sie dieses Ziel auf die notwendigen Einzelmaßnahmen herunterbrechen, zeigen sie die fast unüberwindbaren Hürden auf. Werden die nicht genommen, wird die Verbrennung von Kohle und Gas in weiterhin beträchtlichem Umfang oder die Rückkehr zur Atomkraft nicht zu vermeiden sein.

Beispiel **Solarenergie**: Um das Regierungsziel zu erreichen, müssten in Deutschland jedes Jahr Fotovoltaikanlagen mit 18 Gigawatt auf Feldern und Dächern montiert werden. Rund zehn Prozent der globalen **Solarpaneel**-Produktion würden dafür Jahr für Jahr importiert werden - zwangsläufig von chinesischen Herstellern, die den Weltmarkt mit Abstand dominieren.

"Gerade bei den vielen Kleinanlagen auf Hausdächern aber drohen Engpässe bei der Genehmigung, die vom Gesetzgeber schnell zu adressieren sind", mahnt McKinsey.

Beispiel Netzanschluss: "Zukünftig muss ein mittelgroßer Netzbetreiber etwa 50 Anschlüsse pro Tag bearbeiten - mehr als doppelt so viele wie heute." Dabei steigt jedoch die Bearbeitungszeit: Weil die Belastung der Stromnetze größer wird, müsse dabei künftig "fast jeder neue Anschluss im Detail auf Netzverträglichkeit untersucht werden". Dafür aber fehlt das Personal. Allein für die Montage der Solarpaneele müsse man 40.000 neue Stellen schaffen und die Zahl der Facharbeiter in diesem Bereich vervierfachen. Hinzu kommen Stellen für Planung, Entwicklung und Verwaltung, die zu besetzen sind. "Doch Fachkräfte sind rar", mahnen die Studienautoren. "Schon 2019 - vor Beginn der Corona-Pandemie - dauerte es im Schnitt mehr als ein halbes Jahr, um eine entsprechende Handwerkerstelle zu besetzen."

Beispiel Windkraft: Um die Regierungsziele für Meereswindparks vor der Küste ("offshore") zu realisieren, müssten ab 2025 pro Jahr Anlagen mit vier Gigawatt Leistung aufgebaut werden "und damit deutlich mehr als historisch je erreicht", heißt es in der Studie. Doch bislang betragen die Vorlaufzeiten für den Bau einer der gewaltigen Offshore-Windkraftanlagen rund sechs Jahre. Auch hier fehlten Fachkräfte, mahnt McKinsey: "Allein für den Bau der Fundamente und die Anlageninstallation werden pro Gigawatt rund 3500 Vollzeitkräfte benötigt."

Der Windradausbau an Land kämpft ebenfalls weiter mit Problemen. Um die Planziele zu erreichen, müssten in Deutschland ab sofort fünf Windräder pro Tag errichtet werden. Das Ausbautempo müsste also mehr als verdreifacht werden. Doch von einer solchen "Entfesselung" der Energiewende, die sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat, ist vorerst noch nichts zu spüren. Als die Bundesnetzagentur im Mai weitere Windparkprojekte zur Förderung auslobte, fanden sich nicht genügend Interessenten. Die Ausschreibung blieb um 30 Prozent unterzeichnet. Vorseilender Gehorsam bei den Genehmigungsbehörden lässt sich auch nicht feststellen. Mit Bauzusagen für 306 Windräder im ersten Halbjahr "wurde bisher zu wenig neue Leistung genehmigt, um den Aufwärtstrend der vergangenen Jahre fortzuführen", lautet die ernüchternde Zwischenbilanz der Agentur Deutsche Windguard: Damit könne auch im kommenden Jahr das von der Regierung vorgezeichnete Ziel "voraussichtlich nicht erreicht werden".

Danach bleiben aber nur noch sechs Jahre, um bis zum Zieldatum 2030 die geplante Vervielfachung der Windkraftkapazität zu erreichen. Was in den ersten zwei Jahren der Ampelkoalition nicht geschafft wurde, müsste in sehr kurzer Zeit nachgeholt werden. Zwar hoffen die Energiewendeplaner, dass die derzeit extrem hohen Strompreise für Investoren Anreiz genug sind, um viele Wind- und Solarparks zu bauen. Doch womöglich handelt es sich um eine Fehleinschätzung. Denn eine unschöne Entwicklung bei den Finanzierungsinstrumenten für neue Ökostromanlagen deutet auf eine eher zögerliche Haltung der Investoren hin.

Es geht um direkte Stromabnahmeverträge zwischen meist industriellen Verbrauchern und Windkraftinvestoren. Diese sogenannten Power Purchase Agreements (PPA) sind wegen des Wegfalls der EEG-Umlage als Instrument der Ökostromförderung zuletzt wichtiger geworden. Ein von McKinsey geführter "PPA-Tracker" registriert trotz Energiekrise ein drastisch rückläufiges Interesse an PPA-Verträgen. "Obwohl die Strompreise hochgegangen sind, hat sich das Volumen abgeschlossener PPA-Verträge in Europa und Deutschland seit Jahresbeginn halbiert", sagt McKinsey-Experte Alexander Weiss. "Eine ungute Entwicklung." Dafür gebe es mehrere Erklärungen: "Viele Marktteilnehmer sind durch die extremen Strompreisschwankungen aktuell so verunsichert, dass sie vor solchen oft zehnjährigen Langfristverträgen zurückschrecken", vermutet er. "Zum anderen dürfte es vielen Interessenten wohl inzwischen einfach an Finanzkraft für solche Projekte fehlen."

Weil die Energiewendeziele der Bundesregierung für 2030 immer mehr außer Reichweite geraten, hat McKinsey berechnet, welche Optionen es noch gibt. Wollte Deutschland seine Importabhängigkeit von anderen Ländern schnell reduzieren, kann von einem Vorziehen des Kohleausstiegs keine Rede mehr sein. Im Gegenteil: Im Szenario "Weitgehende Selbstversorgung" müssten 2030 mit 34 Gigawatt sogar doppelt so viele Kohlekraftwerke am Netz bleiben wie laut Ausstiegspfad vorgesehen. Zudem müssten für die verstärkte Nutzung von Biomasse zur Stromerzeugung in diesem Fall "ausreichende Flächen für den Anbau von Energiepflanzen bereitgestellt werden, die dann allerdings weder für die Produktion von Nahrungsmitteln oder Biokraftstoff zur Verfügung stünden noch renaturiert werden könnten", schreibt McKinsey.

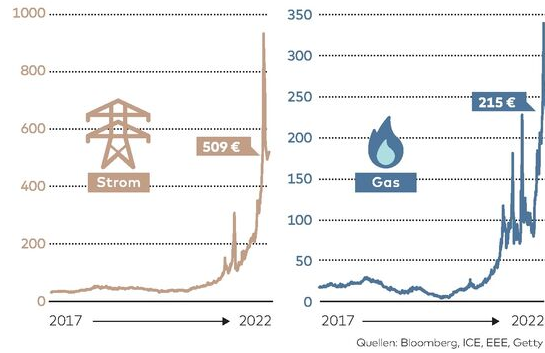
Für den wahrscheinlichen Fall, dass Umwelt- und Klimaschützer diesen Weg versperren, bliebe Deutschland nur die verstärkte Einfuhr von Strom aus dem Ausland. Raum sehen die Experten für den Import von jährlich 33 Terawattstunden Elektrizität hauptsächlich aus Skandinavien. Nur: Ohne Kohlestrom geht es trotzdem nicht. Mit 88 Terawattstunden hätte der dann noch immer einen Anteil von mehr als zehn Prozent an der Deckung des deutschen Strombedarfs, ebenso wie die Gasverstromung, die mit 69 Terawattstunden nur knapp dahinter bleibt.

Für die Planung der Regierung, trotz Russlands Überfall auf die Ukraine an ihren Klimazielen festhalten zu können, geht damit zunehmend die Grundlage verloren. "Deutschland bleibt auf Erdgas angewiesen - selbst massive Preissteigerungen werden es nicht vollständig vom Markt verdrängen", heißt es bei McKinsey. Fazit der Experten: "Die CO₂-Bilanz fällt in allen Szenarien enttäuschend aus."

Daniel Wetzel

Turbulenzen am Energiemarkt

Preise für **Strom** (für Folgejahr) und **Gas**, in Euro in MWh Stand: 3.9., 11 Uhr



Quelle: Welt am Sonntag, 04.09.2022, Nr. 36, S. 2

Ressort: Politik

Rubrik: POLITIK

Dokumentnummer: 206615752

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_c9737778ae2b697b38a803cda499da9c8465ed99

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH